

Der Vorwärts schreibt zu den Untergrößen der reaktionären Presse: Wenn Ebert und Scheidemann ein ungeschliffenes Schwert von der Stimmung der Massen gehoben haben, so haben sie weiter nichts als ihre Pflicht getan. Wer behauptet, die deutsche Sozialdemokratie lege es darauf an, die Landesverteidigung durch Waffenbewegungen zu schwächen, der hat entweder in den letzten dreieinhalb Jahren auf dem Rande gekickt, oder er liegt bewusst. Die Sozialdemokratie hat nie aufgehört, den Weg zu zeigen, auf dem allein es möglich ist, die Ruhe und Aktivität der inneren Front zu erhalten. Ein gerechtes Ernährungsregime, freies Arbeitsregime im Innern und eine von Erhebungsgeist freie Kriegspolitik nach außen, das sind die politischen Mittel dazu, und wie die Sozialdemokratie, dreieinhalb Jahre lang für die Einlösung dieser Mittel gearbeitet hat, was zugleich in jeder Stunde und jeder Minute für die Verteidigung des Reiches eingetreten ist, der hat mehr für das Land getan als jene, die nichts weiter tun, als durch Proben mit reaktionären Gewalttaten Erregungstoff in die Massen werfen.

Es ist in allem Unglück noch ein Glück, daß man im Reichstag

die Wahrheit sagen und die Dinge so schildern darf, wie sie sind. Die Ursache, die in beiden Bevölkerungsklassen vorhanden ist, wird nicht dadurch beseitigt, daß man über sie nicht spricht. Dazu führen ihre Ursachen zu tief. Unbefriedigende Ernährung, verbältnislose Steigerung des Wohlstandes, Trud im Innern, offenbare Gefahr einer Kriegsverlängerung durch falsche Einschätzung der Weltlage und andererseits „Zugfriedens“-Pläne, das alles kann eine Spannung schaffen, die ein Ventil braucht. Das Land kann glücklich gelüftet werden, in dem der Parlamentarismus als Ventil noch genügt.

Alle Regierungen, die das Reich während des Krieges befehlen hat, wissen, daß die sozialdemokratische Partei den Konflikt nicht gesucht hat. Gerade darum aber ist ihre Stellung jetzt so hart. Wenn Ebert und Scheidemann jetzt eine solche Sprache führen, wie vorzeiten im Hauptquartier, so wird daraus nur den berechtigten Massen geschlossen werden, daß die Mithände schon sehr arg geworden sein müssen. Aber, was brauchen sie erst zu schreien — sie kennen diese Mithände selber gut genug und haben sie an ihrem eigenen Leibe erfahren!

Blündernde Soldateska.

Wie in Finnland und den Baltischen Provinzen, so bauen auch in anderen Teilen Anghlands plündernde Soldatenherden, die der Hunger von der Front landeinwärts treibt. Wie ein starrer Block, schrebt sich über allem zur Zeit von der Front eine Lamine hungernder Soldaten. Charlow gleicht einem Truppenlager. Dort streiten sich für Ausschübe mit der Stadtverwaltung um die Oberherrschaft. Ständig finden Plünderungen und Streifenfahrten statt. Mehrere Brände richteten großen Schaden an. Zetakerinenslaw befindet sich in der Gewalt des Arbeiterrates. Bolschewistische Truppen besetzen die Gebiete des Donbas und beschlagnahmten die Getreidevorräte. In Scherwinke schlossen die ukrainischen Truppen und das 2. Gardeforps einen Waffenstillstand. Das Generalsekretariat der Ukraine erklärte, daß es infolge der Vordringung innerhalb zweier Monate mit 80 Millionen Rubel Streife zu verfahren.

Ueber die Lage in Petersburg liegen keine zuverlässigen Nachrichten vor. Der Bolschewiki-Regierung scheinen die Ausbreitungen ihrer Anhänger über den Kopf zu wachsen. Laut Petersb. Telegramm nahen der Arbeiter- und Soldatenrat in seiner Sitzung am 20. Januar folgende Entschlüsse an:

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß Tschingaren und Sokolow im Hospital getötet worden sind. Er verzweifelt ein solches Verbrechen: die Arbeiterklasse wird niemals dulden, daß unsere Helden angefaßt werden. Mag ihr schicksalhaft Verzeihen zu dem Verbrechen an der Revolution noch so hoch und die Entzweiung über die Zukunft der Sowjetunion noch so groß sein, der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Soldaten auf, in ihrer Gesamtheit ein solches Verbrechen zu tadeln, und damit alles an, damit die revolutionäre Regierung aufrechterhalten werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat billigt die von den Volksbeauftragten getroffenen militärischen Maßnahmen.

Dem Beitritt Barikien wird aus Petersburg der Inhalt einer Proklamation des Volksbeauftragten des allrussischen Rates der Bauern mitgeteilt. Die Proklamation stellt fest, daß die Straßen von Petersburg durch die rote Garde mit Blut bedeckt wurden. Sie demütigen, daß die Manifestanten gegenrevolutionäre gewesen seien. Die Manifestanten seien vielmehr Arbeiter und Soldaten gewesen. Das Manifest fährt fort: Die Leichenhäuser geben den Beweis, daß die Opfer Arbeiter gewesen sind, die auf Befehl der Volkskommissare getötet wurden, weil sie die ganze Nacht für die Konstituante veranlaten. Das Smolny-Institut will die Macht des Volkes nicht, das zu verteidigen es vorgibt. Die rote Garde schlägt unter dem Vorwand, die Revolution zu verteidigen, die Teilweise des Smolny-Instituts. Die Proklamation schließt mit den Worten: Leinet die Augen! Unheil denen, die auf unsere Angstreue nicht hören. Erhebe dich, russisches Volk, sonst wird ewige Schande dein Los sein!

Wie aus marxalistischer Quelle verlautet, werden alle Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen Lenin und Trotski demontiert. Zwischen den beiden herrscht einstimmige Überzeugung, daß nur ein baldiger Friedensschluß mit dem Verbund Rußland retten kann.

Raut Nowoje Schinn konnten neuerdings in Watum und Umgebung zahlreiche Todesfälle an Pest feststellen werden. In Watum bewirkt die asiatische Cholera, die sich an den Ufern des Schwanen Meeres rasch ausbreitet. Auf den Stationen der Wladikawkas-Bahn tritt mortale malarische Malaria auf. In Nowosibirsk landeten ein Truppentransportdampfer mit der ersten Sendung verdächtigter Soldaten. Diese sollten sich der Quarantäne unterwerfen, hätten aber eigenmächtig ihre Reise fortgesetzt.

Wahlordnung für den polnischen Reichstag.

Berlin, 23. Januar. Wie die Gazette Belgiora aus Warschau berichtet, beschäftigt das Präsidium des polnischen Ministeriums folgende Mitteilungen: In einer gemeinsamen Sitzung des Regimentskomitees und des Ministeriums wurde einstimmig die Möglichkeit rasche Einberufung des polnischen Reichstages als notwendig erkannt. Demgemäß wird die Regierung dem neuen Senat schon in der ersten Sitzung den Entwurf einer Wahlordnung für den Reichstag unterbreiten.

Englands Beziehungen zu Petersburg.

London, 19. Januar. (Reuter.) Im Unterhause des antirevolutionären Volkspartei eine Anzahl von Anfragen über die britischen diplomatischen Beziehungen zur Petersburger Regierung und sagte: Wir haben diese Regierung nicht als de facto oder de jure bestehende Regierung des russischen Volkes anerkannt. Aber wir lassen die notwendigen Geschäfte auf unoffizielle Weise durch einen Agenten führen, der nach den Beziehungen unserer Botschaft in Petersburg handelt. Die Regierung der Bolschewiki hat Erwinow zu ihrem Vertreter in London ernannt. Wir sind im Begriffe, in ähnliche unoffizielle Beziehungen zu ihm zu treten. Infolgedessen, der unter der letzten russischen republikanischen Regierung Geschäftstätiger war, wird wahrscheinlich in London bleiben, bis er zum der behauptet oder seines Postens von einer in Petersburg des russischen Volkes anerkannten Regierung entlassen wird. Der gegenwärtige Zustand ist augenscheinlich so unregelmäßig wie bishergehend. Unter diesen Umständen kann nicht in die übliche diplomatische Arbeit eingetreten werden. Das ist noch unserer Auffassung das Beste, was sich tun

läßt, um den unmittelbaren Notwendigkeiten des Augenblicks zu begegnen.

Die Kämpfe in der Ukraine.

Petersburg, 23. Januar. Die marxalistische Presse meldet aus Charlow über den Vorstoß der roten Garde der Charfower Naba gegen Kiew: Eine Abteilung von etwa 25.000 Mann der roten Garde des Donezbeckens und einige Matrosenabteilungen, die über Artillerie verfügten, waren ukrainische Grenzschutztruppen bei Lubny und setzten sich gegen Kiew in Bewegung. Südöstlich von Kiew kam es zu einem Treffen mit eilig herangeführten kaiserlichen national-ukrainischen Truppen. Nach heftigen Kämpfen zogen sich die ukrainischen Truppen vor den Marxisten zurück. Die ukrainischen Abteilungen wichen auf ihre Hauptkräfte bei Jemel und Mohilow aus. Die Mitglieder des Generalsekretariats sollen in Sicherheit sein; wie es heißt, sind sie nach Mohilow abgereist. Nordwestlich und südwestlich von Kiew halten die kaiserlichen Kämpfe zwischen ukrainischen und marxistischen Truppen an. Kiew droht von dem starken Konopendanner. Die Verluste sollen auf beiden Seiten sehr groß sein. Infolge der wichtigen Ereignisse ist der für den 23. angelegte Ministerrat des Generalsekretariats abgefragt worden.

Die Katastrophenspolitik der Bolschewiki.

Petersburg, 23. Januar. Der Abgeordnete von Mohilow, der bekannte Bauernführer Kowalew, richtete an Lenin ein offenes Schreiben, in dem er erklärt, der Rat der Volksbeauftragten treibe Katastrophenspolitik. In dem Augenblick, da die entsetzliche Hungersnot das gesamte Nordrussland überziehe und in Petersburg zehntausende Menschen auf den Straßen vor Hunger umfallen, treibe man die Stimme Rußlands auseinander, verwickle gleichzeitig die Friedensverhandlungen, breche mit den Ukrainern und stehe im Begriff, den Krieg gegen Rumänien zu erklären. Da Mitte Februar auch die letzten Barrade verstanden sein werden, stehe Rußland vor der größten Gefahr, die es jemals bedroht hat. Die einzige Rettung sei ein schneller Friedensschluß. Versöhnung mit der getreidereichen Ukraine und Heimführung der Bauern. Es sei die letzte Stunde angebrochen, werde sie nicht wahrgenommen, dann würde von Rußland nur ein Trümmerhaufen übrig bleiben.

Klagebrief verhafteter russischer Sozialisten

Der Stöckelmer Social-Demokraten veröffentlicht den Wortlaut eines Briefes, den 14 in der Peter Paulskirche angekettete russische Sozialisten am 2. Januar verfaßt haben. Die Unterzeichner des an alle Bürger gerichteten Aufrufs waren am 30. Dezember im Lokal des Verbandes für den Schutz der Konstitution verhaftet und nach der Katarina-Bastion in der genannten Festung gebracht. Die Verhaftung geschah auf Befehl der Kommission für die Bekämpfung der Antirevolution und der Sabotage. Die Verhafteten wußten darauf hin, daß entgegen dem Dekret der bolschewistischen Regierung, das eine Befreiung während mehr als 48 Stunden ohne Anklageerhebung nicht zuließ, mit Ausnahme eines einzigen von ihnen nach drei Tagen noch keiner verhaftet worden sei. Ein Teil von ihnen habe die erste Nacht in einem stinkenden Wachtlokal ohne Schlafmöglichkeiten zubringen müssen und erst nach einem Protest die Verbringung in eine gemeinsame Zelle in der Bastion erreicht. Der hierher amtierende Volkskommissar Galow habe erklärt, daß sie nicht Verhaftete, sondern politische Gefangene seien, für die es keine Befreiung gebe, und er habe die Verhafteten auf die Gefängnisse mit dem Bewußtsein der Verhaftung und zwei Sozialisten, drei Volkssozialisten und zwei Sozialdemokraten. (Der Aufruf trägt nur 14 Unterschriften.) Unter ihnen befand sich W. I. Lenin, J. W. Stojew, der 1903 mit Trotski zusammen in der Gestalt des Petersburger Arbeiterrats (S. I. Federbaum-Lewitsch, ein Bruder Martow's; E. M. Lajew, dem erst die Märzrevolution die Freiheit brachte; Wogdanow und Galow, die im revolutionären Militärkomitee zur Bekämpfung des Kornlawischen Aufstands eine große Rolle spielten und vor aus der Zeit der ersten Duma sehr bekannte Volkssozialisten waren.

Es sind die Verhafteten des Aufstands noch immer in Haft befindlich, läßt sich aus dem Brief des Social-Demokraten, der den wilden Parteikampf unter der bolschewistischen Diktatur beklagt, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im übrigen der Parteilahme im politischen Kampf der russischen sozialistischen Parteien enthalten, die gegen Sozialdemokraten verübten Verbrechen und Gewalttätigkeiten — wie überhaupt alle gegen sie auch immer gerichteten Handlungen, die demokratischen Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit — ebenso mitteilen, wie die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die unter der Konstitutionsregierung gegen die Bolschewiki verübt worden sind.

Rede des österreichischen Ministerpräsidenten gegen die Tschechen.

Wien, 23. Januar. Das Abgeordnetenhaus ist gestern wieder zusammengetreten. Schon vor Beginn der Sitzung herrschte grobe Unruhe. Die Erregung der letzten Tage gipfelte noch nach, und mit Interesse sah man den Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Seidler entgegen, der eine Anstöße der Tschechen über die Verabschiedung ihrer Prager Resolution vom 8. Januar beantwortete.

Ministerpräsident Dr. Seidler beantwortete zunächst die Interpellationen der deutschen und tschechischen Abgeordneten betreffend die Prager Entschlüsse. Er führte aus, daß sie mit den demokratischen und patriotischen Grundgedanken der österreichischen Verfassung in Einklang zu bringen sei und das Selbstbestimmungsrecht unter Auflösung des bisherigen Staatsverbandes anzuerkennen. Eine solche Auflösung würde von jedem österreichischen Bürger begrüßt werden. Die Regierung mit allen Mitteln bekämpft werden. (Zweiter Beifall und Handklatschen.) „Wir erstreben“, fuhr der Ministerpräsident fort, „einen ehrenvollen Frieden, der uns und unseren Verbündeten für alle Zeit den Frieden und die Freiheit, die wir bestreben im Geiste der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, aber auch jener Einheit und Festigkeit, die den Gegnern die Annehmlichkeit ihrer Vergewaltigungspläne vor Augen führt. Die Unabhängigkeitsbewegung habe zwar keinen ausbreitenden Charakter angenommen, aber sie hätte doch bedenklige Formen annehmen können, sich gehabt, aber sie hätte doch bedenklige Formen annehmen können. Die Regierung habe keine Bedenken getragen, besonders auf dem Gebiete des Gemeinwohlrechts, die seit langem erwogenen Maßnahmen zuzulassen. Die Durchführung werde so geschehen, daß der nationale Selbststand gewahrt werde (Lärm und Zwischenrufe bei den nationalen Rednern) und die berechtigten Ansprüche aller Volksteile im Rahmen der Möglichkeiten ihre Befriedigung finden. Politische Meinungen, die Wäglichen ihre Befriedigung finden. Politische Meinungen, die Wäglichen ihre Befriedigung finden. Politische Meinungen, die Wäglichen ihre Befriedigung finden. Das Vaterland sei in Gefahr. Die Regierung vermöge die schwersten Aufgaben nur zu erfüllen, wenn sie in einer festen Volkserregung starken Rückhalt finde.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde fortgesetzt durch Zwischenrufe der Tschechen unterbrochen. Zeitweise mußte Dr. Seidler in seiner Rede innehalten. Besonders heftig war der sozialistische Abgeordnete Sulzer, der unter anderem rief, alles, was der Ministerpräsident sage, sei Lüge. Der Abgeordnete Strauß rief am Schluß der Rede, auf das jüngst aufgeführte Schauspiel des Ministerpräsidenten anspielend: „Das spielt man Ihnen nicht einmal im Deutschen Volkstheater!“ Auf der linken Seite des Hauses machte die Rede Dr. Seidlers einen sehr guten Eindruck, und es wurde vielfach beklagt.

Eine Debatte über West-Europa.

Wien, 22. Januar. In eine Erklärung des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus schloß sich eine längere Aussprache. Mehrere Abgeordnete gaben namens der Deutschen, Böhmischen, Mährischen und Schlesiens Erklärungen ab, worin sie in schärfer Weise die österreichischen Behauptungen der Tschechen bekämpften und die Errichtung einer selbständigen Republik Deutschböhmen mit eigenem Landtage auf Grund des österreichischen Reichsgesetzes, unmittelbar nach der Wahl der Nationalversammlung, als einzige Durchföhrung der nationalen Autonomie der Deutschen Mährens. Die tschechischen und schlesischen Redner traten für die Friedensverhandlungen in West-Europa ein. Der Abgeordnete Glambitz verbot auf die Besorgnisse der Polen anlässlich der Stellungnahme des Generalstabes, daß die deutsche Regierung gegen die tschechische Forderung der Selbstbestimmung der Deutschen Mährens durch Verabschiedung des polnischen Reichsgesetzes, das die tschechischen und schlesischen Redner traten für die Friedensverhandlungen in West-Europa ein. Der Abgeordnete Glambitz verbot auf die Besorgnisse der Polen anlässlich der Stellungnahme des Generalstabes, daß die deutsche Regierung gegen die tschechische Forderung der Selbstbestimmung der Deutschen Mährens durch Verabschiedung des polnischen Reichsgesetzes, das die tschechischen und schlesischen Redner traten für die Friedensverhandlungen in West-Europa ein. Der Abgeordnete Glambitz verbot auf die Besorgnisse der Polen anlässlich der Stellungnahme des Generalstabes, daß die deutsche Regierung gegen die tschechische Forderung der Selbstbestimmung der Deutschen Mährens durch Verabschiedung des polnischen Reichsgesetzes, das die tschechischen und schlesischen Redner traten für die Friedensverhandlungen in West-Europa ein.

Das Ende des Wiener Streits.

Wien, 23. Januar. Nachdem schon vorgestern und gestern in Wien die Arbeit zum größten Teil wieder aufgenommen wurde, ist, wird heute in allen Betrieben ausnahmslos gearbeitet, so daß die Arbeitsbewegung unter der Wiener Arbeiterklasse beendet ist. Auch aus der Provinz vorliegende Nachrichten melden, daß überall die Arbeiterschaft zum größten Teil zur Arbeit zurückgekehrt ist. Während der ganzen Dauer der Arbeitsbewegung kam es nirgendwo zu nennenswerten Zwischenfällen.

Wrag, 23. Januar. Nach 24stündiger Arbeitsruhe ist heute früh die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Der U-Boots-Krieg.

Berlin, 23. Januar. (Amlich.) Neue U-Bootsverluste auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18.000 Brutto-Registertonnen. Die Mehrzahl der Schiffe, die tiefbeladen waren, wurde im Herceffkanal trotz harter feindlicher Abwehrmaßnahmen jeder Art versenkt. Eine der versenkten Schiffe, das im östlichen Herceffkanal aus einem durch zahlreiche Streitkräfte geschützten Geleitzug herausgeschossen wurde, war allem Anschein nach ein Transportdampfer mit Kriegsmaterial.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Unruhen in Frankreich.

Am 16. Januar sind in Lyon und St. Etienne gleichzeitige revolutionäre Aufstände ausgebrochen. Sie hatten ihren Ursprung in Arbeiteraufrufen, nahmen aber bald einen politischen Charakter an. Die Streikenden sahen durch die Straßen und verlangten den Frieden. In Lyon kam es am Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen vor dem Rathaus, wo die Bevölkerung in Straßenschüren verlagerte. Die Verlangten von ihnen billige Lebensmittel. In St. Etienne waren die Unruhen noch ernstlicher Natur. Die Bevölkerung plünderte die Läden und die Läden von verfallenen Warenbeständen. Am Freitag kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die erste Lage läßt sich daraus erkennen, daß jeder zweite Laden der Warenhandlung an der schwerksten Waren aufgehoben wurde und nach den Fronten der Arbeiter transportiert werden ist.

Eine Rede Renaudels.

Renaudel sagte in einer Rede auf dem Arbeiterkongress in Nottingham, die jetzt in der Nacht auf den deutschen Arbeiterhänden eine Zulage zumunter der Grundzüge, die durch die